

Tagblatt

Strafvollzug

Fünf Täter entgingen dem Gefängnis

Seit 2018 müssen alle Kantone Fussfesseln statt Freiheitsstrafen anbieten, wenn jemand verurteilt wird. Eine Umfrage der «Sonntags-Zeitung» zeigt nun erstmals die Ausmasse des sogenannten Electronic Monitoring - auch in der Ostschweiz. Im letzten Jahr wurden 433 Gesuche bewilligt. Die meisten Fussfesseln gewährten Waadt (120), Genf (83), Bern (57) und Basel-Stadt (46) - vier von sieben Kantonen, die seit 1999 die alternative Vollzugsform testen. Neue Anbieter wie St. Gallen (5), Zürich (2) oder Luzern (1) hingegen verteilten kaum Fussfesseln. Auch wegen der hohen Auflagen: Die Kandidaten müssen ein Aufenthaltsrecht in der Schweiz haben und einer geregelten Arbeit nachgehen. Es darf keine Flucht- oder Rückfallgefahr bestehen. Die Fussfessel darf zudem nur kurze Freiheitsstrafen von bis zu zwölf Monaten ersetzen.

Viele Verurteilte scheitern an diesen Auflagen. Im Thurgau, im Jura oder in Solothurn wurde 2018 jeder zweite Antrag abgelehnt. Anders als beim Aufenthalt im Gefängnis werden Täter mit dem Electronic Monitoring nicht aus dem sozialen und beruflichen Umfeld gerissen. Eine Analyse im Auftrag des Bundes in den Testkantonen zeigte: Zwei Jahre nach einem Electronic Monitoring wurden 23 Prozent der Straftäter rückfällig. Bei Insassen mit ähnlich langen Sanktionen betrug die Rückfallquote 33 Prozent. Fussfesseln entlasten zudem die Gefängnisse. Und sie senken die Kosten: In der Ostschweiz entstehen beim Electronic Monitoring laut Gebührenliste Kosten von 100 Franken pro Person und Tag. Für den geschlossenen Vollzug hingegen sind je nach Anstalt rund 200 Franken veranschlagt.

«Es kommt ab und zu vor, dass jemand nicht zum vereinbarten Zeitpunkt zu Hause ist», sagt Barbara Looser, Leiterin des St. Galler Amtes für Justizvollzug. «Einige können dies plausibel erklären - zum Beispiel bei einem Zugausfall. Andere nicht, was zur Verwarnung führt. Und im Wiederholungsfall dazu, dass sie doch ins Gefängnis müssen.» Looser betont: «Es handelt sich seitens der Behörden nicht um eine Überwachung in Echtzeit. Eher um eine Kontrolle zur Bürozeit.»

(cz)